

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/215

11. November 1974

1974 kommen 6.000 Aussiedler aus der UdSSR

-----  
Finanzielle Konsequenzen aus steigenden Um-  
siedlerzahlen

Von Rudi Walther MdB  
Berichteratter des Haushaltsausschusses für  
das Bundesinnenministerium

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Doppelstrategie à la Strauß

-----  
Anmerkungen zur Gründung der "Deutschen Sozialen  
Union"

Seite 3 / 34 Zeilen

Attacken aus dem Zwielficht

-----  
Fragwürdige Anzeigenkampagne der CDU-Helfer rollt an

Von Heinz Schreiber MdB  
Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 4 / 32 Zeilen

Arbeitsschutz noch in den Kinderschuhen

-----  
Unfälle und andere Schäden durch Berufsarbeit ge-  
hören zu den großen Plagen unserer Gesellschaft

Seite 5 und 6 / 66 Zeilen

1974 kommen 6.000 Aussiedler aus der UdSSR

Finanzielle Konsequenzen aus steigenden Umsiedlerzahlen

Von Rudi Walther MdB

Berichterstatler des Haushaltsausschusses für das Bundesinnenministerium

Es gibt nicht wenige Zeitgenossen, die behaupten, die Ostpolitik Willy Brandts habe sich zu sehr auf theoretischer Ebene bewegt; und "scharfsinnige" Beobachter aus den Reihen der Opposition sind ja auch mit der Mär von der gescheiterten Ostpolitik bei Hessens und Bayerns Wählern hausieren gegangen. Dies konnten sie nur tun, weil sie die Augen verschlossen haben vor den Erfolgen sozialliberaler Friedenspolitik unter Willy Brandt.

Freilich, vieles, was der ehemalige Bundeskanzler einst im Osten säte, wird man erst später in die Scheunen einfahren können. Helmut Schmidt hat hier noch einiges zu tun. Vieles ist aber auch schon unter Dach und Fach. Zum Beispiel kann sich die Opposition an dieser Tatsache nicht vorbeismogeln: Seit 1970 ist die Zahl der Aussiedler aus der Sowjetunion, die dort aus politischen Gründen festgehalten wurden, rapide gestiegen. Die Entwicklung macht das deutlich: 1970 kamen 342 Personen aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik; 1971 waren es bereits 1.145 Personen, 1972 siedelten 3.420 Menschen über, 1973 steigerte sich die Zahl abermals um 1.000 auf insgesamt 4.493. Bis zum 20. Oktober dieses Jahres sind bereits 5.310 Aussiedler registriert worden, und bis zum Jahresende wird die Zahl 6.000 erreicht werden. Nach dem Besuch des Bundeskanzlers in Moskau wird man auch im kommenden Jahr damit rechnen können, daß wiederum mindestens 5.000 bis 6.000 Deutsche aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik übersiedeln.

Dies sind Fakten, die für die Bundesregierung natürlich auch finanzielle Konsequenzen haben. Denn der größte Teil der Aussiedler aus der Sowjetunion hat Anspruch auf Unterstützung nach dem Häftlingshilfegesetz. Um die-

dem Personenkreis den Start in der Bundesrepublik zu erleichtern, sind 1975 insgesamt etwa 35,5 Millionen DM erforderlich. Nach den bisherigen Erfahrungen kann man davon ausgehen, daß jeder Berechtigte im Durchschnitt Eingliederungshilfen in Höhe von 10.000 DM erhält. In Anbetracht der im kommenden Jahr zu erwartenden 5.000 bis 6.000 Aussiedler ist dieser Betrag also sicher nicht zu hoch angesetzt.

Weitere 32,4 Millionen muß der Bund bereitstellen, damit die Abwicklung des fünften Häftlingshilfeänderungsgesetzes 1975 wie vereinbart abgeschlossen werden kann. Mit der 1971 verabschiedeten Novelle waren für etwa 17.000 ehemalige politische Häftlinge Leistungsverbesserungen in Höhe von insgesamt 140 Millionen DM geschaffen worden. Seit 1971 sind bereits 107,6 Millionen DM dieses Betrages ausgezahlt worden. Somit bleibt für 1975 aufgrund der bei den Ländern bereits vorliegenden auszahlungreifen Feststellungsbescheide noch ein Bedarf von 32,4 Millionen.

Allerdings liegen die Ansätze im Haushaltsplanentwurf für 1975 erheblich niedriger. Der Haushaltsausschuß hat jetzt mit seinen Beschlüssen dafür gesorgt, daß die erfolgreichen Ergebnisse der Politik der Bundesregierung auf diesem Gebiet auch finanziell abgesichert werden. Wenn es nämlich nicht gelingt, den Deutschen, die jetzt in ihre Heimat zurückkehren können, beim Aufbau einer neuen Existenz tatkräftig unter die Arme zu greifen, dann bleibt vieles nur Wortgeklingel.

Wirksame und schnelle Hilfe: Das ist übrigens bei der Behandlung und Betreuung der Aussiedler aus der Volksrepublik Polen recht gut gelungen, die ebenfalls erhebliche finanzielle Mittel vom Bund erhalten. Daß die Opposition in der Frage der Ostpolitik die Regierung auch deshalb kritisiert, weil sie sich nicht informiert hat, wird gerade hier deutlich: denn seit dem 23. Januar 1971, dem Tag, an dem die Aussiedlung aus dem polnischen Bereich wieder verstärkt einsetzte, sind bis zum 30. September dieses Jahres 47.468 Deutsche aus Polen in die Bundesrepublik umgesiedelt. An diesen Zahlen kann man einfach nicht vorbei, es sei denn mit Scheuklappen. Kein Zweifel, daß es mehr - vielleicht sogar viel mehr - sein sollten. Nur sollte niemand so tun, als ob die vorliegenden Zahlen nichts bedeuteten.

(-/11.11.1974/ks/pr)

+ + +

### Doppelstrategie à la Strauß

---

#### Anmerkungen zur Gründung der "Deutschen Sozialen Union"

Vordergründung besehen mag der Szenerie durchaus eher etwas banal Komisches, mehr Acheelzucken denn Unbehagen Provozierendes angehaftet haben, nach genauerem Blick scheint es jedoch nicht geraten, die Vorgänge vom Wochenende in der Mülheimer Stadthalle in die Rubrik "skurrile Ereignisse" einzuordnen. Die Gründung der "Deutschen Sozialen Union" (DSU) auf nordrhein-westfälischer Landes- sowie auf Bundesebene ist ein Alarmzeichen.

Dies gilt auch für den Fall, daß diese obskure neue Partei den Weg ähnlicher Gruppierungen geht, den des Kreislaufs in der politischen Bedeutungslosigkeit. Die Konstitution der DSU ist ganz offensichtlich nicht nur ein weiterer Versuch der Sammlung der Rechtsfrustraten, sondern sie wirft ein Schlaglicht auf die Doppelstrategie des Franz Josef Strauß.

Ob sich der nach den bayerischen und hessischen Landtagswahlen auf der Woge des Triumphes segelnde CSU-Vorsitzende inzwischen auch nur in Hinterzimmern noch zu dieser "Bewegung" bekennen mag, deren Pate er nach Aussage der DSU-Führung immerhin ist, ist nur eine Frage seiner Taktik. Deutlich tritt dagegen Straußens Plan zutage, sich innerhalb der Union zum absoluten Herrscher aufzuschwingen (was ihm schon weitgehend gelungen ist) und daneben durch Mobilisierung des latenten Rechts-Potentials über Bewegungen wie die DSU die rechte Globalatmosphäre zu schaffen, die seinen Aufstieg unaufhaltsam macht.

Diese Strategie ist in der Union gewiß nicht unumstritten, in der CDU schon garnicht. Die Absagen aus der Union an die DSU werden außer von taktischen Bedenken auch von Besorgnis über das Ziel eines solch rücksichts- und bedenkenlosen Machtstrebens bestimmt sein. Aber da ist keiner in den C-Parteien zu entdecken, der Strauß auf diesem Weg stoppen könnte.

Claus Preller  
(-/11.11.1974/ks/pr)

+ + +

Attacken aus dem Zwiellicht  
-----

Fragwürdige Anzeigenkampagne der CDU-Helfer rollt an

Von Heinz Schreiber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Da bis zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen noch ein halbes Jahr vergeht, ist man noch nicht darauf gefaßt, beim Durchblättern der Zeitungen schon jetzt auf sie zu stoßen. Sie tauchen aber bereits wieder auf, die verleumderischen und demagogischen Anzeigen jener dubiosen Organisationen, die der CDU und CSU schon im Wahljahr 1972 treue wie teure Unterstützung angedeihen ließen.

Mehr durch Zufall fand ich in der Solinger Ausgabe der "Rheinischen Post" vom 5. November folgenden Anzeigentext: "Ungeliebt - Den Gewerkschaften gefällt der Regierungsentwurf zur Mitbestimmung nicht. Den Unternehmern auch nicht. Wissenschaftler halten ihn für verfassungswidrig. Und mehr Mitbestimmung für Arbeitnehmer bringt die Parität ohnehin nicht. Frage: Wer hat was davon?" Unterzeichnet war die Anzeige mit: Industrie NRW, Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände NRW.

Der Stil erinnert deutlich an die Inserate der "Aktion Soziale Marktwirtschaft" und anderer Organisationen in den früheren Wahlkämpfen. Der Inhalt gibt nur Halbwahrheiten und Verdrehungen wieder.

Die Gewerkschaften kritisieren den Mitbestimmungsentwurf, weil er die Parität nicht vollständig beinhaltet. Der Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter, erklärte aber in der ersten Anhörung des Bundestages zur Mitbestimmung, daß der DGB jede Mitbestimmungsregelung, die der Bundestag beschließt, akzeptieren und anwenden wird. Hier wird der Wille zur Kooperation deutlich. Die Unternehmerverbände lassen ihn vermissen.

Daß der Mitbestimmungsentwurf den Unternehmern nicht gefällt, ist nicht weiter verwunderlich. Ihnen gefiel es noch nie, wenn ihr Machtbereich eingeschränkt und zugunsten der Arbeitnehmer ausgeweitet werden sollte. Einige Wissenschaftler halten den Regierungsentwurf für verfassungswidrig. Das ist ihr gutes Recht. Wir werden über diese Einwände nachdenken, uns aber nicht dadurch von der Mitbestimmung abbringen lassen.

Die paritätische Mitbestimmung bringt den Arbeitnehmern Vorteile. Zwanzig Jahre Montan-Mitbestimmung beweisen es. Agitationen wie die geschilderten arbeiten bewußt mit der Falschinformation. Frage: Wem nützt diese Anzeige?  
(-/11.11.1974/ks/pr)

+ + +

### Arbeitsschutz noch in den Kinderschuhen

---

Unfälle und andere Schäden durch Berufserbeit gehören zu den großen Plagen unserer Gesellschaft

Der erste Preuße, der sich um bis dahin unbekannte Schäden bei recht jugendlichen Arbeitern in der Industrieproduktion kümmerte, war ein General. Im Jahre 1828 stellte der preußische Generalleutnant von Horn in einem Bericht fest, daß "wohl infolge der Nachtarbeit der Fabrikinder" die Textilbezirke Preußens ihre Kontingente an militärtauglichen Rekruten nicht mehr stellen konnten. Dem General ging es freilich um die Rekruten, nicht um den Arbeitsschutz.

Obwohl 1897 eine "Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz" gegründet wurde und im Juli 1900 ein Kongreß dieser Vereinigung die Errichtung eines internationalen Arbeitsamtes (am 1. Mai 1901 in Basel verwirklicht) beschloß, ist das Wort "Arbeitsschutz" oder gar sein Vorläufer "Arbeiterschutz" in unserer Umgangssprache nicht so recht heimisch geworden, und nie hat dieses humanitäre Bemühen in Deutschland bei denen, deren Aufgabe in erster Linie die Verwirklichung von Arbeitsschutz ist, einen "warmen" Platz gefunden. Die Nachwirkungen dieser stiefmütterlichen Behandlung des Arbeitsschutzes spüren wir noch heute. Denn auch die Wissenschaft hatte für diese soziale, für eine moderne Industriegeellschaft lebenswichtige Aufgabe lange Zeit nur wenig übrig gehabt.

"Arbeitsschutz hat originäre und spezifische Problemhorizonte, die von keiner der etablierten Disziplinen als solche miterfaßt werden. Deshalb ist Arbeitsschutz eine selbständige Wissenschaft", heißt es in "Bemerkungen und Thesen zum Arbeitsschutz", herausgegeben von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund. Der anderen Feststellung in dieser Schrift: "Unfälle und andere Schäden durch die Berufserbeit sind eine der großen Plagen unserer Gesellschaft. Durch Unfälle werden Mitmenschen täglich verletzt oder getötet", muß man spontan zustimmen. Der siebente Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung gibt darüber erschütternde Informationen, wenn auch das Jahr 1973 erstmals seit Einführung der Statistik über Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten im Jahre 1949 die niedrigsten Zahlen tödlicher Unfälle brachte. Die Anstrengungen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung Walter Arendt ("Ziel meiner Politik ist es, die Arbeitsunfälle zu vermindern") zeigen Erfolge. Das auf sein Betreiben im Dezember 1973 verabschiedete "Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fach-

kräfte für Arbeitssicherheit", das am 1. Dezember 1974 in Kraft tritt, ist ein konkreter Erfolg.

Doch - auch hier ist ein Aber einzufügen: Es wird nicht so einfach sein, die Lücken, die in der Vergangenheit entstanden sind, auszufüllen. Nicht nur, daß Betriebsärzte fehlen, auch eine spezielle Ausbildung zum Sicherheitsexperten in Fachrichtungen auf Fachhochschulen oder Hochschulen gibt es bisher nicht. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung hat daher als Aufgabe auch die Aus- und Weiterbildung der Sicherheitsfachkräfte, die sich ihr Fachwissen überwiegend im Selbststudium und durch Erfahrungsaustausch auf Kongressen und Arbeitsschutzveranstaltungen angeeignet haben, übertragen bekommen.

Daß unser Arbeitsschutz noch in den Anfängen steckt, zeigt das von Prof. Günther Veltmann, Oberarzt an der Bonner Hautklinik, gestartete interdisziplinäre Forschungsprojekt über die Wirkungen der sog. PVC-Krankheit (Leberkrebs), über die er seinen ersten Bericht schon im Jahre 1972 veröffentlichte. Diese Vinyl-Chlorid-Krankheit, die Arbeiter in einem PVC herstellenden Betrieb in der Nähe von Bonn befallen hatte, führte dort in zwei Fällen zum Tod. Auch in den USA haben Wissenschaftler diese Krankheit erforscht und beschrieben.

Die Gewährleistung der Gesundheit sei Ziel des Arbeitsschutzes, heißt es in der oben genannten Schrift der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund und außerdem zum Punkt "Investitionsplanung": "Die Investitionsplanung für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie technische Anlagen trifft Entscheidungen, die in die Zukunft gerichtet sind. Im Stadium der Planung entscheidet sich bereits, ob der Arbeitsschutz integrierter Bestandteil ist oder später additiv hinzugefügt wird". Im Fall des PVC herstellenden Betriebs hat man die Sicherheitsvorkehrungen eingerichtet, als Menschen unheilbar krank geworden waren. Ein echter Arbeitsschutz muß präventive Sicherheitsvorkehrungen schon bei Einrichtung von neuen Industrieproduktionen durchsetzen. Hier kann die Medikamentenforschung Vorbild sein: Bevor die neuen Produkte an die Verbraucher kommen, muß die Frage der Kontraindikation (schädliche Nebenwirkung) geklärt sein. Beim Arbeitsschutz bedeutet dies: Bevor die Arbeiter in einen neuen Produktionsgang geschickt werden, muß sichergestellt sein, daß die Produktionsstoffe oder ihre während der Produktion entstehenden Neuverbindungen ungefährlich sind.

Heinz Ockhardt  
(-/ 11.11.1974 /ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller